



Einreicher: Stadtverordneter Schüler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen öffentlich

Betreff:
Potsdamer Baumschutzverordnung

Erstellungsdatum	08.01.2019
Eingang 922:	08.01.2019
weitergeleitet an das Büro OBM:	08.01.2019
Termin der Beantwortung:	22.01.2019

Anlass des Auskunftersuchens gem. § 29 Abs. 1 BbgKVerf.:

Mit dem Beschluss der novellierten Potsdamer Baumschutzverordnung vom 23. März 2017, veröffentlicht im Amtsblatt 05/17 vom 1. Juni 2017 verfolgte die Stadtverordnetenversammlung insbesondere die Ziele, die Bearbeitungszeiten der Fällanträge zu verkürzen, mehr Rechtssicherheit bei den Bescheiden zu erreichen und die Belastung der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) mit der Bearbeitung von Baumfällanträgen zu verringern.

Ich frage den Oberbürgermeister, ob die erhofften Verbesserungen eingetreten sind, insbesondere:

1. Konnte die Bearbeitungszeit der Fällanträge verkürzt werden?
2. Wie viele Widersprüche gegen Entscheidungen über Fällanträge wurden im Jahr 2018, verglichen mit den Vorjahren, eingelegt?
3. Wie viele Widerspruchsbescheide sind ergangen?
4. Wie viele Klagen gegen Widerspruchsbescheide wurden erhoben?
5. Konnten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der UNB von der Bearbeitung von Fällanträgen entlastet werden und so andere Vollzugsaufgaben wahrnehmen?

Anlage:
Antwort der Verwaltung

Unterschrift